



8 Euro Mindestlohn!
Gesetzlich garantiert.

Was hat der gesetzliche Mindestlohn mit Hartz IV zu tun?

Für den CDU Ministerpräsidenten Peter Müller ist das ALG II der „real existierende gesetzliche Mindestlohn“. Soll heißen: Die CDU hält eine Grundsicherung von 345 Euro plus Wohngeld für ein gerechtes Arbeitseinkommen. Und weil viele Beschäftigte noch weniger verdienen, soll bei den Arbeitslosen noch mehr gespart werden.

In der Bundesrepublik müssen 2,5 Millionen Menschen zu Löhnen arbeiten, die unterhalb der von der EU gezogenen Armutsgrenze liegen. Die Bundesregierung stört das nicht, aber es stört sie, wenn die Arbeitslosen nicht noch ärmer sind.

Das ist die soziale Gerechtigkeit der Großen Koalition: Weil Millionen Menschen trotz Arbeit arm sind, soll Arbeitslosigkeit noch ärmer machen!

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, der Armut verhindert. Aber wir wollen ihn auch, damit die arbeitenden Armen nicht gegen die Arbeitslosen ausgespielt werden können. Denn je niedriger die Löhne, desto größer der Druck auf die Arbeitslosen und je elender die Lage der Arbeitslosen, desto größer der Druck auf die Löhne. Diese Armutsspirale muss beendet werden. Von Arbeit muss man leben können und wer arbeitslos ist, darf nicht verarmen.

Der gesetzliche Mindestlohn macht Schluss mit der Erpressungsspirale!

Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag, die Linkspartei.PDS und die WASG führen eine gemeinsame Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens acht Euro durch. Mehr Informationen unter www.8euro.de.



8 Euro Mindestlohn!
Gesetzlich garantiert.

Was hat der gesetzliche Mindestlohn mit Hartz IV zu tun?

Für den CDU Ministerpräsidenten Peter Müller ist das ALG II der „real existierende gesetzliche Mindestlohn“. Soll heißen: Die CDU hält eine Grundsicherung von 345 Euro plus Wohngeld für ein gerechtes Arbeitseinkommen. Und weil viele Beschäftigte noch weniger verdienen, soll bei den Arbeitslosen noch mehr gespart werden.

In der Bundesrepublik müssen 2,5 Millionen Menschen zu Löhnen arbeiten, die unterhalb der von der EU gezogenen Armutsgrenze liegen. Die Bundesregierung stört das nicht, aber es stört sie, wenn die Arbeitslosen nicht noch ärmer sind.

Das ist die soziale Gerechtigkeit der Großen Koalition: Weil Millionen Menschen trotz Arbeit arm sind, soll Arbeitslosigkeit noch ärmer machen!

Wir wollen einen gesetzlichen Mindestlohn, der Armut verhindert. Aber wir wollen ihn auch, damit die arbeitenden Armen nicht gegen die Arbeitslosen ausgespielt werden können. Denn je niedriger die Löhne, desto größer der Druck auf die Arbeitslosen und je elender die Lage der Arbeitslosen, desto größer der Druck auf die Löhne. Diese Armutsspirale muss beendet werden. Von Arbeit muss man leben können und wer arbeitslos ist, darf nicht verarmen.

Der gesetzliche Mindestlohn macht Schluss mit der Erpressungsspirale!

Die Linksfraktion im Deutschen Bundestag, die Linkspartei.PDS und die WASG führen eine gemeinsame Kampagne zur Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes von mindestens acht Euro durch. Mehr Informationen unter www.8euro.de.